

Rede zum Haushaltsplan 2008
gehalten vom Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/ DIE
GRÜNEN
Herrn Hans-Peter Kaiser
in der Ratssitzung am 17.6.2008

Es gilt das gesprochene Wort! Sperrfrist 17.6.2008 16.00 Uhr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
werte Kolleginnen und Kollegen,

Zunächst haben wir der Kämmerin, oh pardon, die gibts ja gar nicht mehr.

Auch dieser Dank gehört zum jährlichen Ritual der Haushaltsreden. Ein Ritual, das m.E. von Jahr zu Jahr hohler wird und weder die Presse noch die Öffentlichkeit interessiert. Die Verwaltung sollte sich eigentlich dafür interessieren, was jeder einzelne von uns zu sagen hat, aber es ist ja schon alles klar und so kann man das an sich vorbeirauschen lassen. Die Mehrheiten sind längst gefunden und wir hören uns pflichtschuldigst—je nach Erziehung mehr oder wenig aufmerksam - gegenseitig zu.

Warum ist das so und warum ändern wir es nicht, wenn wir vermutlich doch in diesem Punkt schon der gleichen Auffassung sind?

Doch inhaltlich zunächst zu diesem Haushalt. Das geht deshalb schnell, weil ich es im Vorjahr und im Jahr davor auch schon gesagt habe. Außerdem stand das wesentliche schon in der WAZ am vergangenen Freitag.

Trotz aktuell sprudelnder Gewerbesteuern geben wir mehr aus, als wir einnehmen. Wir sparen nicht so viel ein, wie wir müssten und – nach unseren Ideen - auch könnten. Der Haushalt ist somit trotz der Umstellung auf das NKF und der damit erst eröffneten Möglichkeiten schon wieder an der Grenze zum pflichtigen Haushaltssicherungskonzept. Verhindert worden ist das nur durch nicht wiederholbare Verkäufe der WOBAU.

Hinzu kommen Risiken u.a. beim Klinikum und wenn wir z.B. das Personal der ARGE bei einer anderen Struktur zurücknehmen müssen.

So auch der Tenor der IHK.

Das, was man als Idee oder Zukunftsvision zur Änderung und Besserung im Haushaltsplan vorfindet, nämlich eine unrealistische Bevölkerungsentwicklung verbunden mit illusionären Flächenausweisungen und Luftnummern im Bereich Industrie- und Freizeitflächenentwicklung, trägt unseres Erachtens nicht. Groß angekündigte Leuchtturmprojekte wie z.B. das Schlosshotel werden zurückgezogen oder zerplatzen wie Seifenblasen.

Das verstehen Bündnis 90/Die Grünen nicht unter nachhaltiger Politik.

Ihr eigener Begriff ist der der Zukunftsfähigkeit. Weder das eine noch das andere kann man diesem Haushalt attestieren. Von daher müssen und werden wir ihn erwartungsgemäß ablehnen. So weit, so schlecht.

Stattdessen bekommen wir zunächst billige bilanzielle Tricks wie die falsche Bewertung des Immobilienvermögens vorge-setzt oder schlimmer noch, die Juristen in unserem Haus wollten – und wollen - uns immer noch glauben machen, dass man Straßenvermögen übertragen kann. Das wird noch geprüft bei der Bezirksregierung, aber uns wird derweil vorgeworfen, dass wir petzten würden. Beinhaltet es das Wohl der Stadt wirklich, nicht legale Tricks anzuwenden?

Ähnliches gilt für Kostenschätzungen bei städtischen Baumaßnahmen. Wer glaubt denn noch daran, dass die ersten Zahlen auch das sind, was hinterher zu bezahlen ist?

Wozu führt das denn? Erstens doch dazu, dass ich den Verwaltungsvorlagen in einem Maße misstrauere, ja misstrauen muß, das in keinem Verhältnis zu unserem gemeinsamem verfassungsgemäßen Auftrag des Zusammenwirkens zum Wohle der Stadt steht. In den letzten Jahren haben wir hier eine politische Kultur bekommen, in der die wesentlichen Dinge vor den Sitzungen besprochen sind und nicht mehr in Gänze in den Vorlagen stehen. Gar nicht gut sind dann durch die Verwaltung mündlich besser oder schlechter informierte Fraktionen. Der Gipfel sind dann allerdings Sitzungen, in dem wir ohne schriftliche Vorlagen um Meinungsbilder gebeten werden, damit danach erst die Vorlagen entsprechend geschrieben werden können.

Das führt zweitens dazu, dass wir immer weniger entscheidungsreife Vorlagen bekommen, über die wir politisch streiten können. Stattdessen diskutieren wir – entsprechend unseren jeweiligen beruflichen Qualifikationen – mit der Verwaltung auf einer fachlichen Ebene.

Das führt m.E. drittens dazu, dass die Mehrheit nicht mehr folgen kann, der Bürger gar nichts mehr versteht, und die Diskussion über den politisch richtigen Weg viel zu kurz kommt.

Das alles sollte sich mit der Einführung der Budgetierung und der Definition und Diskussion von Zielvorstellungen ändern. Das strategische Programm ist dazu aber viel zu beliebig.

Zu diesem Streit um die richtige Richtung müssen wir meines Erachtens aber wieder kommen und – verehrte Kolleginnen und Kollegen – dabei sitzen wir als Ratsmitglieder alle in einem Boot. Wenn wir uns in unserer Kontrollfunktion auseinanderdividieren lassen, dann nutzt das keinem, auch nicht den derzeit scheinbar bessergestellten Fraktionen. Ich spreche hier u.a. das Zulassen von beratenden Mitgliedern in Aufsichtsräten an. Alle Meinungsumfragen auch auf Bundesebene sehen die wesentlichen Gründe für Politikverdrossenheit und das Schwinden der Wählergunst für die großen Volksparteien in kleinkariertem Gezänk und dem Fehlen von Ziel- und Richtungsdiskussionen. Im Resultat machen wir damit erst die extremen Parteien salonfähig, die ich nicht – so wie in Sachsen - hier in diesem Rat haben will. Zumindest in diesem Ziel weiß ich mich einig mit Ih-

nen, aber lassen Sie uns auch den notwendigen Weg gemeinsam gehen.

Wir sind – und bleiben - bereit dazu, die demokratischen Strukturen hier in dieser Stadt zu stärken und im politischen Streit mit Ihnen allen hier nach dem besten Weg für Velbert zu suchen.

Herr Bürgermeister, richten Sie gleichwohl unseren Dank an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung aus und Ihnen allen hier danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.